

30 Jahre Berliner Kellerrunde

Gehören Berlin und Brandenburg zusammen?

Vortrag von Dr. Manfred Stolpe



Berlin und Brandenburg sind eine Region der Gegensätze und der Gemeinsamkeiten. Diese unterschiedlichen Teile waren in ihrer Geschichte aufs engste miteinander verknüpft. Über 700 Jahre gehörten Berlin und die Mark Brandenburg zusammen – politisch, kulturell, wirtschaftlich und militärisch.

Die enge Verknüpfung der Metropole mit dem Land wurde durch die deutsche Teilung radikal unterbrochen. Schmerzliche Trennungslinien an der Grenze zwischen Ost und West machten täglich deutlich, dass hier der Zusammenhang und der Austausch auf widernatürliche und brutale Weise verhindert wurden.

Hauptverlierer des zweiten Weltkrieges und Opfer der deutschen Teilung waren Berlin und Brandenburg. Westberlin in der Dauerbedrohung und erzwungenen Isolierung, Brandenburg und Ostberlin in einer Diktatur mit Beseitigung der Meinungsfreiheit, Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender, ideologischer Bevormundung, Freiheitsberaubung und Mangelwirtschaft.

Aber die Verbindung zum deutschen Westen konnten nicht beseitigt werden. Zehntausende Besucher aus der Bundesrepublik, darunter sehr viele Westberliner, die sich einen Bundespass beschafft haben, kamen trotz aller Schikane zu Besuch. Es wird mir zu wenig über den hohen Anteil der Westberliner für die deutsche Einheit geredet! Sie haben dem Dauerdruck der Sowjets und der DDR widerstanden. Die Existenz dieser „Frontstadt“ und ihrer tapferen Bewohner war eine permanente Großdemonstration gegen die Widernatürlichkeit der Teilung. Doch dann kamen die dramatischen Ereignisse des Herbstes 89 mit großen Demonstrationen im ganzen Lande für Mitbestimmung, Freiheit und Gerechtigkeit. Das Wunder der Einheit geschah.

Ein kleines Wunder dabei war die Wiedergeburt Brandenburgs. Als dieses Land 1990 wieder möglich wurde, galt es, seine Wurzeln und Traditionen wieder zu entdecken. Eine große Hilfe war dabei die Erinnerung an das Brandenburger Wappen, den roten Adler, und das Wanderlied von Gustav Büchsenschütz „Steige hoch du roter Adler, hoch über Sumpf und Sand, über dunkle Kiefernwälder, heil dir mein Brandenburger Land“

Wir haben von Anfang an auf enge Zusammenarbeit mit Berlin gesetzt. Denn Berlin und Brandenburg sind ein Lebensraum, eine Gesamtregion und alle oft aufgebauchten Gegensätze müssen angesichts der Geschichte und der Zukunft relativiert werden.

Die Untersuchungen von 70 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Zöpel - Kommission "Brandenburg 2025 in der Mitte Europas" haben herausgestellt: Berlin-Brandenburg ist eine globale Region mit einer einmaligen siedlungsräumlichen Standortqualität. Hoch verdichtete Metropole und dünn besiedelte Kulturlandschaft liegen hier unmittelbar nebeneinander - ohne den Übergang suburbanen Siedlungsbreis.

Innerhalb des gemeinsamen Raumes dieser so unterschiedlichen Siedlungstypen kann eine Verknüpfung im Sinne globaler Knotenbildung erfolgen. Die wechselseitige Erreichbarkeit von Peripherie und Zentrum ist innerhalb von zwei Stunden möglich. Damit bilden Berlin und Brandenburg eine globale Region. Sie besteht aus der Metropole, der kompakten Stadt mit globalen Kommunikationsfunktionen und der Kulturlandschaft, dem Städtepark mit ebenfalls Kommunikationsfunktion.

Die weltweite Globalisierung der Wirtschaft stellt harte Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit, auf die wir als eine einheitliche Region antworten müssen. Brandenburg als Flächenland und Berlin als eine hoch verdichtete Metropole ergänzen sich zu einer Region mit vielfältigen Entwicklungspotenzialen.

Deshalb ist der Gedanke richtig, dass beide Länder zusammen gehen sollten, um Kräfte zu bündeln. Im Mai 1996 gab in Vorbereitung einer Fusion beider Länder ein Volksentscheid den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich an dieser Entscheidung zu beteiligen. Das Ergebnis zeigte, dass der Gegensatz zwischen Berlin und Brandenburg stärker empfunden wurde als erwartet. Eine Mehrheit der Brandenburger sprach sich gegen das Zusammenlegen beider Länder aus.

Nicht vergessen werden sollte, dass allerdings 1995 im Jahr der zustimmenden Parlamentsbeschlüsse und der Vertragsunterzeichnung über die Zusammenführung der Länder Berlin und Brandenburg mehr als 60 % der Brandenburger dafür waren!

Die Verschiebung der Volksabstimmung um mehr als ein Jahr, die Wirtschaftsrezession im Winter 1995/96, die aufkommende Diskussion über die Schulden Berlins aber auch heftige Polemik aus Westberlin gegen das rote Brandenburg haben den Stimmungsumschwung in Brandenburg stark beeinflusst.

Nach dem Scheitern der Volksabstimmung über die Bildung eines Landes Berlin-Brandenburg haben wir auf vertiefte verbindliche Kooperation gesetzt. Auf der Grundlage von über 20 Staatsverträgen wurden Behörden und Institutionen zusammengelegt oder neu geschaffen, beispielsweise Planungsabteilungen und Gerichte.

In der Präambel des Staatsvertrages vom 26. April 2004 heißt es:

„Die Länder Berlin und Brandenburg gehören historisch zusammen und stehen nicht zuletzt in einer gemeinsamen Rechtstradition. Sie bilden für viele Menschen einen einheitlichen Lebensraum. Sie sind natürliche Partner für eine landesgrenzen-übergreifende Zusammenarbeit.“

Mittlerweile hat sich die Bezeichnung Berlin-Brandenburg fest eingebürgert für Institutionen, die für beide Länder zuständig sind.

Die wichtigsten fusionierten Körperschaften sind der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und der Rundfunk Berlin-Brandenburg.

Ein großes gemeinsames Projekt der beiden Länder ist der Flughafen Berlin-Brandenburg International. Er wird die bestehenden Flughäfen ersetzen, die nicht mehr den Anforderungen des modernen Luftverkehrs entsprechen. Er wird der Metropolenregion einen großen wirtschaftlichen Impuls verleihen. Die Metropolenregion Berlin-Brandenburg ist unsere Zukunft. Diese Zukunft wird kein Spaziergang.

Wir erleben eine starke Differenzierung, ja Polarisierung in der Gesellschaft bei wachsender Armut vieler und wachsendem Reichtum Weniger. Das kann zu schweren Verwerfungen führen, wenn nicht stärker auf soziale Gerechtigkeit und den Zusammenhalt der Gesellschaft geachtet wird.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels kommt dabei der Sicherung der Daseinsvorsorge eine besondere Bedeutung zu. Die Frage, wie man fast 25 Jahre nach dem Mauerfall die Unterschiede in der Region zwischen den Berlinnahen und den Berlinfernen Räumen ausgleichen kann, welche Perspektive man den Räumen in der Peripherie geben kann, wird in Zukunft von großer Bedeutung sein. Denn mit zunehmender Entfernung von Berlin nehmen die Vorteile der globalen Funktion ab. Deshalb müssen auch subregionale Entwicklungen gestärkt werden.

Die in Berlin weithin gelungene Integration zehntausender Zuwanderer aus anderen Ländern und Kulturkreisen ist ein Vorteil für die ganze Region, fördert ihre Attraktivität durch Liberalität und Weltoffenheit.

Wir in Brandenburg müssen diese Entwicklung noch nachvollziehen. Uns fehlt die Erfahrung multikulturellen Zusammenlebens. Hinzu kam, dass die von Ulbricht eingeleitete Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik, die das Bewusstsein einer nationalen Zusammengehörigkeit in Deutschland ausmerzen sollte, das Gegenteil bewirkte.

Deutsch zu sein war tiefe Überzeugung und auch Hoffnung, selbst bei nach dem Mauerbau Geborenen.

Die neue Freiheit nach 1989 brachte Verunsicherungen, Ängste um Arbeitsplätze und die Sorge, zweitklassig in Deutschland zu sein; vielleicht sogar drittklassig, erst nach den vielen zugewanderten inzwischen erfahrenen Bundesbürgern ausländischer Wurzeln. Heute können wir feststellen, dass viele Menschen weltoffener geworden sind und verstehen, dass gemeinsames Handeln mit Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe und Kultur für jeden einzelnen und das ganze Land ein Gewinn ist. Das bleibt allerdings eine ständige Aufgabe, die auch viel Zivilcourage erfordert. Auch in Berlin!

Eine große Herausforderung für die Länder Berlin und Brandenburg ist die Konsolidierung ihrer Finanzen. Brandenburg ist bemüht, in wenigen Jahren schuldenfrei zu sein. Berlin hat es weitaus schwerer. Auch weil die Metropole viele Leistungen für Brandenburg und weit darüber hinaus vorhält.

Aber die Bereitschaft der finanzstarken Bundesländer und des Bundes zu Unterstützungen nimmt ab. Und der Tag ist nicht mehr fern, an dem massiver Druck zu Einsparungen und möglicherweise Länderfusionen aufgebaut wird.

Es macht Sinn, die Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg auszubauen und nicht erst von Bundesregelungen überrollt zu werden.

Berlin und Brandenburg sind eine Hauptstadt-Metropolen-Region. Politik sollte das gezielter fördern und Journalisten könnten das bei ihrer Arbeit stärker berücksichtigen. Es soll einzelne Brandenburger geben, die noch nie in Berlin waren. Es soll einige Berliner geben, die noch nie in Brandenburg waren. Das ist nicht gut, denn gemeinsame Zukunft beginnt beim Kennenlernen, Zuhören, Verstehen und tolerieren von Unterschieden.

Mit Berliner Kreativität und Internationalität sowie Brandenburger Weite und Beharrlichkeit können wir eine der stärksten Wachstumsregionen in Europa sein. Das darf nicht durch Brandenburger Sturheit und Berliner Hochmut verhindert werden.

Doch diese Einsicht ist nicht weit verbreitet.

Die Herausforderungen der Tagespolitik an die Regierungen in Berlin und Brandenburg sowie die Alltagssorgen der Menschen geben wenig Raum für Planungen einer gemeinsamen Zukunft der Metropolenregion Brandenburg-Berlin. Schon gegebene Anstöße geraten in Vergessenheit.

Ich erinnere mich z. B. an das Leitbild Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg vom Juni 2006 und den Vortrag des brandenburgischen Finanzministers vom Dezember 2006. Ein gemeinsamer Koordinierungsrat wurde am 20. November 1996 beschlossen. Man hört wenig davon. Ein Rahmenstaatsvertrag zur administrativen Zusammenarbeit kam nicht zustande.

Mutig wird gelegentlich ein neuer Vorstoß für die Vereinigung der Länder Brandenburg und Berlin gemacht. Dem wird entgegengehalten, dass die Stimmungslage in der Bevölkerung sowohl in Brandenburg als auch in Berlin gegenwärtig eine Fusion der Länder mehrheitlich ablehnt. Berlin und Brandenburg sind z. Zt. nicht fusionsreif. Immerhin gibt es ein ganzes Kooperationsgeflecht zwischen beiden Ländern, das in der Regel gut funktioniert.

Aber offensichtlich auf Kompetenzzwänge und -grenzen stößt, wenn die Interessen der Länder unterschiedlich sind, ihre Pflicht sie zwingend an ihre eigene Verantwortung bindet. Zum Beispiel in der Wirtschaftsförderung, in der Wissenschaftslandschaft, in der Arbeitsmarktpolitik, bei Haftanstalten und in der Landesentwicklung.

Ich glaube nicht, dass allein ein gemeinsam artikulierter Wille zu verstärkter Kooperation ausreicht. Vielleicht muss eine Gesetzes-, besser Verfassungspflicht, zur Kooperation festgelegt werden, so dass eine gerichtliche Anfechtung von kooperationswidrigen Entscheidungen oder Unterlassungen möglich wird.

Ungeprüft ist noch die Möglichkeit, die Stadt Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik mit einer Sonderstellung bei ausreichender Bundesfinanzierung in das Land Brandenburg einzuordnen. Da konnten wir den Vorschlag von Joachim Braun lesen.

Es gibt Diskussionsbedarf!

Wie sagte Regine Hildebrandt „Wer abwartet, hat schon verloren“.

Denn abwarten bedeutet, dass in Zukunft Berlin formal Hauptstadt der Bundesrepublik aber tatsächlich als Provinzmetropole hinter München, Hamburg und Köln hergeholt und Brandenburg als stark differenziertes Flächenland sich über gute Entwicklungen im Speckgürtel freut und sich mit dem Rückgang des äußeren Entwicklungsraumes abfindet.

Wenn wir mehr für unsere Metropolenregion erreichen wollen, müssen wir uns sehr bald und sehr ernsthaft mit unseren Zukunftschancen und Zukunftsgefahren auseinandersetzen.